

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

19.11.1929 (No. 270)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 933
und 934
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8518

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Preise um Gelder frei. Bei Wiederholungen tauflicher Rabatt, der als Kassentabell gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitragszahlung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Walschneiderei, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antliche Verträge über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Von der Länderkonferenz

Der bayerische Ministerpräsident gegen den Einheitsstaat
Die Verhandlungen der Unterausschüsse des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz, die Montag vormittag unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern, Severing, zusammengetreten sind, werden heute, Dienstag, fortgesetzt. Am Montag hielt der bayerische Ministerpräsident Dr. Held ein mehrstündiges Referat, an dessen Schluß sehr deutlich zum Ausdruck kam, daß Bayern alle Bemühungen, die auf einen dezentralisierten Einheitsstaat gerichtet seien, von vornherein ablehnen müsse, und daß seine weitere Mitarbeit in Frage gestellt sei, wenn solche Absichten tatsächlich bestehen sollten.

Er arbeitete den Sinn und den Zweck der unitarischen Reformbestrebungen im ganzen heraus und erklärte, daß nach den historischen und verfassungspolitischen Zusammenhängen der ganze Lösungsversuch nichts anderes bedeute als die Übertragung der Reichsgewalt an Preußen, das Aufgehen Deutschlands in Preußen und die Herbeiführung des großpreussischen zentralisierten Einheitsstaates. Zur Befestigung der sachlichen Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Preußen und Reich verlangte Dr. Held eine klare Ordnung der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern und den Einbau verfassungsrechtlicher Sicherungen dafür, daß die Abgrenzung der Zuständigkeiten entgegen der seitherigen Staatspraxis auch innegehalten werde. Dr. Held erklärte sich bereit, darüber hinaus an einer Lösung der Frage Preußen und Reich in dem Sinne mitzuwirken, daß durch Schaffung einer gewissen hegemoniellen Stellung Preußens eine Reform der Reichsorganisation an der Spitze erfolge. Als unerlässliche Voraussetzung hierfür forderte er jedoch die Sicherung der Rechte der lebenswilligen Länder aller Art.

Er erwähnte in einem Referat die bessere Vergleichen Preußens mit Deutschland, durch Ausbau der provinziellen Selbstverwaltung und betonte, daß ohne vorherige oder mindestens gleichzeitige Durchführung dieses von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes verlangten Programms der Selbstverwaltung der vorgeschlagene Lösungsversuch im Falle seiner Verwirklichung zum zentralisierten großpreussischen Einheitsdeutschland und damit zu einer Katastrophe für Deutschland führen würde. Der bayerische Ministerpräsident bezeichnete es als selbstverständliches und als eine deutsche Pflicht, daß Bayern sich gegenüber derartigen Reformabsichten „rein negativ“ verhalte. Als den Kernpunkt des Problems bezeichnete er den Mangel einer gesicherten Rechtsbasis im deutschen öffentlichen Leben und die Krisis des Reichsgebauens. Überzeugter als je vom deutschen Standpunkt behenne er sich heute zu den bayerischen Reformvorschlügen.

In der ganzen Welt vollziehe sich die verfassungsrechtliche Entwicklung im Sinne des föderalistischen Prinzips. Eigentlich könne und müsse er es sich verlangen, seine Mitarbeit weiterhin Lösungsversuchen zu leisten, die nach seiner sicheren Überzeugung Deutschland zum Verderben gereichen müßten. Wenn er sich zu einem solchen Schritt im jetzigen Augenblick nicht entschließen, so geschähe das nur in der Hoffnung, daß sich durch Aufzeigung der wahren Zusammenhänge die Überzeugung von der Untragbarkeit derartiger Ideologien mehr und mehr Bahn breche. Er verwahre sich aber dagegen, daß seine Mitarbeit etwa als Zustimmung mißbraucht werde.

Bayerns Selbstständigkeitsrechte seien unveräußerlich, ihre Befestigung durch Majorisierung rechtlich unzulässig. Sehe Preußen seine historische Mission in solchen Zentralisations- und Angliederungsplänen, so stelle Bayern diesen Plänen als seine historische Mission von einem starken, großen, glücklichen Reiches will die werdende Kraft des föderativen Gedankens gegenüber, die sich allen untragbaren Experimenten zum Trost durchsetzen werde.

Verurteilung des Ehebruchs

BDJ. Berlin, 19. Nov. (Tel.) Im Strafrechtsausschuß des Reichstags beschäftigte man sich heute mit dem § 312, der den Ehebruch auf Antrag mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestrafen will. Berichterstatterin Frau Abg. Weber (Zentrum) begründete die Strafbarkeit des Ehebruchs mit der Notwendigkeit, Familie und Ehe heilig zu halten. Mitherrichtersterlin Frau Abg. Wölff (Soz.) erkannte diese Begründung nicht an, da der Ehebruch nur auf Antrag, also aus Mache oder anderen minderwertigen Gefühlen verfolgt werden soll. Auch Abg. Maslowski (Komm.) trat für die Streichung des § 312 ein. Abg. Ehlerrmann (Dem.) sprach gegen die Erweiterung des Strafsanktes der Strafanzeige gegen früher. Denn früher habe der Antrag gegen den Eindringling in die Ehe gemeinsam von den Ehegatten gestellt werden müssen, jetzt genüge der eine Gatte. Tatsächlich seien es immer Menschen von niedriger Gesinnung, die solche Anträge stellten. — Abg. Dr. Hanemann (Dnt.) beantragte, die Strafverfolgung erst dann zulässig sein zu lassen, wenn die Ehe wegen dieses Ehebruchs rechtskräftig geschieden ist, und sie nicht von einem Antrag abhängig zu machen. — Vorsitzender Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) befürwortete eine Überhandnahme der Prozesse in ganz ungeheurem Maße durch diese Fassung.

Zustizminister von Guérard: Ich möchte keine Zweifel darüber lassen, daß ich eine Streichung dieser Strafvorschrift nicht für erträglich halte. Bis heute haben fast alle Kulturländer an der Strafbarkeit des Ehebruchs festgehalten. Die monogame Ehe ist eine der wichtigsten Grundlagen des Staates überhaupt. Zur Ausführung der verfassungsmäßigen Aufgaben des Staates, für die Reinerhaltung der Familie zu sorgen, erscheint es mir Pflicht des Gesetzgebers, alle verfügbaren Mittel zur Erfüllung dieser Aufgabe einzusetzen. Hierzu gehört u. a. der Schutz der Ehe durch das Strafrecht. Die Zahl der Verurteilungen kann nicht ausschlaggebend sein für die Beurteilung der Strafbarkeit überhaupt.

Letzte Nachrichten

Der Termin der 2. Haager Konferenz

Verchiebung auf Anfang Januar?
W.D. Paris, 19. Nov. (Tel.) Ein Teil der Morgenpresse beschäftigt sich mit der Frage, wann die zweite Haager Konferenz einberufen werden soll. Sie stellt vor allem fest, daß die französische Regierung nur einen Vorschlag unterbreiten könnte, den die interessierten Mächte annehmen könnten, um ihn alsdann dem Vorsitzenden der Konferenz, dem belgischen Premierminister Jassart, zu übermitteln, der die Einladungen ergehen lassen werde.

Nach dem „Reit Parisien“ wird heute nicht mehr vom 8. Januar, sondern vom 6. Januar als Konferenzbeginn gesprochen. Als Grund für die Hinausschiebung der Konferenz, deren Zusammenritt in der ersten Hälfte des Monats Dezember die Reichsregierung anempfohlen hatte, wird in einer Polemik gegen den „Daily Telegraph“ erklärt, es sei nicht Frankreich, das die Hinausschiebung wolle, sondern die deutschen Nationalisten, die eine Volksabstimmung in dem Augenblick provoziert hätten, in dem die zweite Konferenz im Haag zusammengetreten sollte. Es liege auch ferner an den Kabineten von Budapest und Sofia, die die Liquidierung der Reparationen verzögerten, und man müsse es sagen — auch an der britischen Regierung, die die Initiative ergriffen habe, die Seerüstungskonferenz auf den 21. Januar festzulegen. Es sei auch der britische Delegierte im Völkerbundsrat, der veranlaßt habe, daß die Völkerbundstagung am dritten Montag des Monats Januar beginne.

Bei diesen Ausführungen vergißt aber der „Reit Parisien“, daß gerade die beiden letzten Argumente dafür sprechen, nicht den Monat Januar zu überlassen und im Dezember nach dem Haag zu gehen, da die Volksabstimmung in Deutschland in keiner Weise seitens der an der zweiten Haager Konferenz interessierten Regierungen herangezogen werden kann, denn hier handelt es sich um eine innerpolitische deutsche Angelegenheit, die mit der Fortführung der Beratungen über den Youngplan sachlich nichts zu tun hat. Der „Reit Parisien“ vergißt weiter, daß französischerseits in der Hauptsache erklärt wird, die französische Regierung könne im Dezember deshalb nicht im Haag tagen, weil Finanzminister Chéron wegen der wichtigen Budgetberatungen im französischen Parlament unabkömmlich sei. Dieses fest, und das ist gestern offenbar auch halbamtlich am Quai d'Orsay erklärt worden: Eine Entscheidung über den Vorschlag, den die französische Regierung wegen des Zusammentritts zu machen gedenkt, ist noch nicht gefallen.

Ein deutscher U-Boot-Kommandant spricht in London

W.D. London, 19. Nov. (Tel.) Gestern abend wurde im Rathaus von Reading im Rahmen der englischen Völkerbundstägung eine Friedenskundgebung abgehalten, auf der der ehemalige deutsche U-Boot-Kapitän Hasbagen und Kapitän Lewis, der ehemalige Befehlshaber eines der englischen U-Boots-Jäger, Ansprachen hielten. Der deutsche Offizier hatte seinerzeit das von Kapitän Lewis befehligte Kriegsschiff versenkt und den Kapitän selbst als Gefangenen nach Deutschland gebracht. Die 3000 Personen fassende Halle war überfüllt und der deutsche Gast wurde mit der deutschen Nationalhymne begrüßt. Kapitän Lewis legte in seiner Rede Zeugnis ab von der ritterlichen und herlichen Art und Weise, mit der er als Gefangener behandelt worden war. Als die ehemaligen Feinde nach Beendigung der Kundgebung den Saal verließen, erhob sich ein wahrer Sturm des Beifalls. Kapitän Hasbagen fährt morgen an Bord der „Dresden“ nach Deutschland zurück.

Die Befestigungen an der französischen Obergrenze

W.D. Paris, 19. Nov. (Tel.) Kriegsminister Maginot hat während seiner Inspektionsreise an der Obergrenze dem Straßburger Korrespondenten des „Matin“ erklärt:
An gewissen Punkten der Grenzen haben die Grenzbesetzungsgesellschaften begonnen. Ich habe beschlossen, die Anzahl der Pionieroffiziere, die mit der Kontrolle dieser Arbeiten betraut sind, zu erhöhen, um die Ausführung zu beschleunigen. Aber erst wenn wir nicht mehr durch die jährliche Festsetzung der budgetären Ausgaben unterbrochen werden, werden wir schneller vorgehen können. Ich zweifle nicht daran, daß das Parlament eine Ausgabe wird erleichtern wollen, die bezweckt, die Sicherheit des Landes zu gewährleisten bei völliger Wahrung des Defensivcharakters unserer Militärorganisation. Die Instandsetzung unserer Grenze ist eine Notwendigkeit. Keine Regierung wird sich ihr entziehen können. Die Verantwortung wäre zu groß, für die nationale Verteidigung darf weder das Geld noch der gute Wille fehlen.

Der amerikanische Kriegsminister †

W.D. Washington, 19. Nov. (Tel.) Kriegsamtsekretär Good, der an einer Hirnhäutentzündung schwer erkrankt war, ist gestern abend 49 Uhr (amerikanischer Zeit) gestorben. Good war ein persönlicher Freund Hoobers und leitete dessen Wahlkampagne im mittleren Westen. Er stand im Alter von 63 Jahren.

Der umstrittene § 4. Mehrere Blätter zufolge hat Eugen-berg in der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion am Montag die Abstimmung zum § 4 des Volksbegehrens im Reichstag freigegeben.

§ 312 wurde in der Abstimmung mit 14 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 14 Stimmen der übrigen Parteien abgelehnt.

* Das Ergebnis der Kommunalwahlen

Wenn die großen politischen Blätter in Preußen, Sachsen und im Saargebiet — also in den Ländern, in denen am Sonntag die Kommunalwahlen stattgefunden haben — sich der Mühe unterzogen hätten, die gesamten Ergebnisse systematisch zu bearbeiten und vergleichsweise die nötigen prozentualen Berechnungen anzustellen, dann bräuhete in den Kommentaren dieser Zeitungen nicht jene Zurückhaltung in der Beurteilung obzuwalten, die jetzt zu beobachten ist. Für die Blätter der anderen Länder ist es eine mühselige Arbeit, jene notwendigen Unterlagen zu beschaffen und jene Vergleiche anzustellen, die nun einmal allein geeignet sind, ein einigermaßen zutreffendes Urteil zu ermöglichen. Jedenfalls wird auch hier bei uns die Beurteilung nur ein recht vorsichtige sein können.

Welches ist nun der Eindruck, der sich auf Grund der Kommunalwahlresultate des Sonntags ergibt? Zunächst müssen wir dem Berliner Wahlergebnis eine Sonderstellung einräumen, da dort der Sklarek-Standal ganz eigentümliche Vorbedingungen des Wahlkampfes geschaffen hatte. Immerhin ist die Prophezeiung, daß alle Parteien in Berlin verlieren würden, denen man — mit Recht oder mit Unrecht — die Hauptbeschuldigten an die Rockschöße hängt, nur in bedingtem Maße eingetroffen. Es waren gerade kommunistische Vertreter, die durch den Skandal besonders bloßgestellt wurden, und die Kommunisten haben dennoch in Berlin einen großen Wahlerfolg zu verzeichnen. Dagegen hat die deutschnationale Volkspartei, aus deren Reihen ebenfalls mehrere Missetäter stammen, sehr viele Stimmen eingebüßt. Ebenso haben die Demokraten, denen Oberbürgermeister Hoff parteipolitisch zuzuzählen ist, sehr schwere Verluste zu beklagen. Die Sozialdemokratie hat sich in Berlin im ganzen behauptet; der Verlust an Mandaten ist jedenfalls nur gering.

Es war von vornherein wohl ein ganz verkehrtes Unterfangen, den Wahlkampf in Berlin so aufzuziehen, als ob nun durch den Sklarek-Standal der Sozialismus als solcher kompromittiert worden sei. Die Tatsachen haben bis jetzt gezeigt, daß die Korruption in Berlin mit den Begriffen der parteipolitischen Zugehörigkeit überhaupt nicht zu kritisieren ist. Und so ist denn auch der Versuch, diesmal die sogenannte „rote Mehrheit“ auf dem Berliner Stadtparlament zu brechen, nicht nur nicht gelungen, sondern das Wahlresultat ist so, daß heute Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen noch eine größere Mehrheit haben als früher. Allerdings sind es die Kommunisten, die besonders stark zugenommen haben. Und mit ihnen durften die Nationalsozialisten recht ansehnliche Erfolge verbuchen.

Daß in Berlin mit einer sogenannten „roten Mehrheit“ im Stadtparlament keine praktische Arbeit geleistet werden kann, weiß man in allen Parteien zur Genüge. Da nun aber die extremen Parteien (Kommunisten und Nationalsozialisten) derartig zugenommen haben, würde man eine wirklich arbeitsfähige Mehrheit wohl nur in der Weise auf die Beine bringen können, daß man diese Mehrheit von den Sozialdemokraten bis zu den deutschnationalen reichen läßt.

Wir haben hier im Süden alle Veranlassung, den Ereignissen in Berlin besondere Beachtung zu schenken. Denn wir wissen, wie sehr wir hier von den Regurgen dessen, was man den „Berliner Geist“ nennt, abhängig sind. Und dieser Geist ist es denn auch, der sich ändern müßte, wenn man Skandale wie den Sklarek-Standal für die Zukunft ausschließen wollte. In einer Stadt, in der im Bereich des Geschäftslebens die Profitgier des Händlers und daneben schrankenlose Genußsucht vorherrschen, wird man auch durch Kommunalwahlen allein wenig bessern können, mögen diese Wahlen nun ausfallen, wie sie wollen.

Und wie ist außerhalb Berlins das Resultat zu bewerten? Es gibt heute einen Gewinner und zwei Leidtragende auf dem Kampffeld. Der Gewinner ist der Nationalsozialismus, dessen Stimmen so zugenommen haben, daß er, wenn morgen Reichstagswahlen wären, wohl mit 40 bis 50 Abgeordneten ins Reichsparlament einzuziehen würde. Auf wessen Kosten ist dieser Erfolg errungen? Die beiden leidtragenden Parteien werden die Antwort darauf zu geben haben: deutschnationale und Demokraten haben bei den Kommunalwahlen Stimmen in einem Umfang verloren, der den Führern dieser

Parteien die allerersten Sorgen bereiten muß. Was die Demokraten anlangt, so hätte man geglaubt, sie seien bei der letzten Reichstagswahl an der untersten Grenze ihrer Verluste angelangt. Dieser hoffnungsfrohe Glaube hat sich nicht bewährt: die Demokraten haben neue, schwere Verluste erlitten.

Noch schlimmer ist die Situation bei der **Deutschnationalen Volkspartei**. Wie sie von den Deutschnationalen selbst beurteilt wird, zeigt eine Pressestimme der „Kreuzzeitung“, in der es heißt, im ganzen habe man gesehen, daß die Parole gegen den Marxismus nicht hinreicht, um das Bürgertum zusammenzuschließen und politisch gegen Sozialdemokratie und Kommunismus zu aktivieren. „Denn es fehlt dieser Parole ein genügendes, positiv erkennbares Ziel, und definitiv läßt sich der Kampf allein nicht mehr führen. Das wird besonders zu beachten sein bei künftigen Erwägungen, und wird auch für die Deutschnationale Volkspartei auf ihrem Parteitag in Kassel eine große Rolle spielen müssen.“ Man darf gespannt sein, wie dieser Parteitag verlaufen wird. Schon die Aktion des Volksbegehrens hatte eine starke Opposition hervorgerufen. Sie wird durch den Ausfall der Kommunalwahlen noch verstärkt werden.

Gut gehalten hat sich im ganzen die **Sozialdemokratie**, und auch die **Deutsche Volkspartei** darf mit dem Resultat zufrieden sein. Recht gut hat das Zentrum abgeschnitten, dem sich vor allem in solchen Städten, die bisher nur wenig Zentrumswähler aufweisen konnten, die Gunst immerhin beachtlicher Teile der Wählerschaft zuwandte. Was die **Wirtschaftspartei** anlangt, so hat sie offenbar den Höhepunkt ihrer wahltaktischen Erfolge erreicht, wenn nicht schon überschritten. Und die **Kommunisten** haben mit Ausnahme Berlins eher schlecht als gut abgeschnitten.

Im Vordergrund des Interesses stehen die **Nationalsozialisten**. Sie ziehen stellenweise in einer Stärke in die Stadtparlamente, die ihnen positive Mitarbeit einfach zur Pflicht macht. Wir haben ja schon einmal eine ähnlich starke nationalsozialistische Welle heransfluten sehen. Sie ist rasch genug verebbt. Diesmal erleben wir ein solches Anschwellen der nationalsozialistischen Stimmen von neuem. Damals lief neben den Nationalsozialisten aber immer noch eine sehr starke **Deutschnationale Volkspartei** einher. Heute ist es so, daß die Nationalsozialisten in der Hauptsache als **Erben** dieser **Deutschnationalen Volkspartei** gelten dürfen. Ohne weiteres läßt sich errechnen, daß wohl mindestens 50 Proz. der Wähler, die früher deutschnational stimmten, zu den Nationalsozialisten übergegangen sind.

Englische Parlamentsmitglieder für Rückgabe deutschen Eigentums. Über 100 Parlamentsmitglieder haben eine Denkschrift unterzeichnet, die an den Premierminister, den Schatzkanzler und den Handelsminister gesandt werden soll. Die Denkschrift schlägt vor, daß das gesamte auf Grund des Versailler Vertrages beschlagnahmte deutsche Privateigentum, soweit es noch nicht liquidiert ist, unverzüglich den Eigentümern zurückgegeben werde. Unter den Unterzeichnern der Denkschrift befinden sich etwa 60 Parlamentsmitglieder der Arbeiterpartei. Wie „Times“ meldet, wird Schatzkanzler Snowden im Laufe der Woche im Unterhaus eine Erklärung über die Frage des beschlagnahmten deutschen Eigentums abgeben.

Die Straßburger Wissenschaftliche Gesellschaft
Die von Heidelberg nach Frankfurt a. M. übergesiedelte und nunmehr an die Universität Frankfurt angegliederte Straßburger Wissenschaftliche Gesellschaft hielt am Samstagvormittag in der Universitätsaula in Anwesenheit von Behörden und Universitätsvertretern ihre Eröffnungssitzung ab. Unter den Anwesenden sah man auch den Oberpräsidenten Dr. Schwander, den früheren Oberbürgermeister von Straßburg.
Der Rektor der Universität, Prof. Dr. Künzel, sprach über die Beziehungen zwischen den Universitäten Straßburg und Frankfurt. Die Angliederung der Straßburger Wissenschaftlichen Gesellschaft an die Universität Frankfurt sei eine bedeutende wissenschaftliche Bereicherung. Der Rektor wies auf das von Prof. Dr. Wolfram geleitete wissenschaftliche Institut der Elsh-Lothringer im Reich hin und erinnerte daran, daß in Straßburg sowohl wie in Frankfurt die Universitäten die besondere Aufgabe der Auseinandersetzung mit dem geistigen Frankreich haben.

Der Senat der Universität Frankfurt hat als äußeres Zeichen der Anerkennung der neu angegliederten Gesellschaft deren Präsidenten, Geheimrat Prof. Dr. Eduard Schwarz, zum Ehrenbürger der Universität Frankfurt ernannt. Prof. Dr. Schwarz wies in seiner Ansprache darauf hin, daß es jetzt die Pflicht der Universitäten sei, über dem Gebeten an die Vergangenheit die wissenschaftlichen Kräfte für die Zukunft einzusetzen. Prof. Dr. Hans Naumann, Germanist der Frankfurter, früher der Straßburger Universität, hielt den Festvortrag über „Das Bild Walthers von der Vogelweide“. Ein Studentenchor verschönte die Feier mit dem Vortrag der Volkslieder „Zu Straßburg auf der Schanz“ und „O Straßburg“.

Übergabe des Meiselders in Straßburg. Für den nach München gegangenen „Walter Rhein“ ist bekanntlich als Gegengabe von dort der „Meiselder“ nach Straßburg gekommen, der auf dem Stephansplatz in Verbindung mit einem Brunnen aufgestellt worden ist. Am Sonntagvormittag fand die Einweihung statt. Ein Vertreter der Stadt München hat das Denkmal der Stadt übergeben und enthüllt. Ein Vertreter der Stadt Straßburg übernahm das Denkmal. An der Feier wirkten ein Schülerchor und die Feuerwehrlinien mit.

Das Pariser „Journal“, das über die Feier berichtete, kann seinen Arger über die heimtückliche Veranstaltung nicht verbergen und regt sich darüber auf, daß Angehörige aus dem stolzeren Proletariat die Feier verschönten durch Vortrag eines Gedichtes und Begrüßungsansprachen an die bayerische Abordnung, die sich aus ehemaligen Bürgern von Straßburg zusammensetzte, die nach dem Waffenstillstand ausgewiesen wurden. In dem Bericht des „Journal“ heißt es weiter, es sei nichts vergessen worden, um der Feier einen „stanzosen patriotischen“ Charakter zu geben. Als besonders hochverräterische Tat erwähnt das Blatt, daß 20 Studenten nach Art ihrer deutschen Vorfahren sich mit Studentenmützen bedeckt hätten und mit gezogenen Schlägern eine Leibgarde um die Vertreter der Straßburger Gemeindeverwaltung gebildet hätten.

Der deutsche Außenhandel im Oktober

Wiederausfuhrüberschuss

Ein- und Ausfuhr sind im Oktober gegenüber dem Vormonat gestiegen, und zwar hat im reinen Warenverkehr die Einfuhr (1.106,7 Mill. Reichsmark) um 68,3 Mill. Reichsmark, die Ausfuhr einschließlich der Reparations-Sachlieferungen (1.258,9 Mill. Reichsmark) um 49,5 Mill. Reichsmark zugenommen. Der Anteil der Reparations-Sachlieferungen an der Ausfuhr beträgt im Oktober 89 Mill. Reichsmark gegenüber 68 Mill. Reichsmark im September. Der **Ausfuhrüberschuss** im Oktober beläuft sich auf 147 Mill. Reichsmark (September 166 Mill. Reichsmark).

Auf der Seite der Einfuhr weisen alle Warengruppen gegenüber dem Vormonat eine Zunahme auf. Die bedeutendste Steigerung zeigt die Gruppe Rohstoffe und halbfertige Waren mit 63,5 Mill. Reichsmark; an dieser Steigerung sind in erster Linie Textilrohstoffe (außer Wolle) beteiligt, insbesondere Baumwolle mit einer Zunahme von 38,7 Mill. Reichsmark. Die Erhöhung der Einfuhr von Fertigwaren gegenüber dem Vormonat um 9,5 Mill. Reichsmark entfällt vorwiegend auf Kraftfahrzeuge sowie Wollgarne und andere Textilfertigwaren. Geringer ist die Zunahme der Einfuhr von Lebensmitteln (plus 3,8 Mill. Reichsmark). Hier steht einer stärkeren Abnahme der Einfuhr von Getreide (-15 Mill. Reichsmark) eine vermehrte Einfuhr insbesondere von Südkartoffeln, Schmalz und Fischen (insgesamt plus 17,3 Mill. Reichsmark) gegenüber.

Die Zunahme der Ausfuhr ist in erster Linie eine Folge des um 43,8 Mill. Reichsmark höheren Auslandsabfahres von Fertigwaren. Namentlich die Ausfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen, Eisenwaren, Maschinen, Leder, Röhren und Walzen sowie Kinderpielzeug hat gegenüber dem Vormonat zugenommen. Die Ausfuhr von Textilfertigwaren (z. B. Kleidung, Wäsche, Baumwoll- und Seidengewebe, Filzhüte) zeigt gegenüber dem September einen Rückgang. Die Zunahme der Ausfuhr von Lebensmitteln um 16,7 Mill. Reichsmark beruht vorwiegend auf einer vermehrten Ausfuhr von pflanzlichen Ölen und Fetten sowie Hafer und Roggen. Die Ausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren hat dagegen im Oktober abgenommen. Der Rückgang um 10,4 Mill. Reichsmark ist insbesondere auf die verminderte Ausfuhr von Steinkohlen (minus 7,9 Mill. Reichsmark) sowie chemischen Rohstoffen und Halbfabrikaten (minus 4,5 Mill. Reichsmark) zurückzuführen.

Die Wahlen vom Sonntag

Weitere Ergebnisse

Preußen

Provinziallandtag Rheinland: 3. 64 (72), Soz. 25 (28), Komm. 21 (21), D. Sp. 14 (16), Dnt. Sp. 4 (6), Reichsp. d. deutschen Mittelstandes 11 (6), Dem. 4 (4), Volksrechtsp. 0 (3), christl.-nat. Bauern- u. Landvolksp. 3 (0), Christl. Volksdienst 3 (0), Natfsg. 6 (0), Bauernp. 0 (2) — (berichtigt).

Provinziallandtag Ostpreußen: Es wurden insgesamt 911 629 Stimmen abgegeben. Es erhielten: Deutschnationale 27 Mandate, Sozialdemokraten 28, Volkspartei 8, Zentrum 7, Kommunisten 8, Wirtschaftspartei 4, Demokraten 3, Christlicher Volksdienst 3, Nationalsozialisten 4. Bei der letzten Wahl hatten Deutschnationale und Deutsche Volkspartei zusammen 40 Sitze, Sozialdemokraten 22, Zentrum 6, Kommunisten 6, Demokraten 3, Wirtschaftspartei 4, Deutsch und Freiheit 4 und Volksgemeinschaft 2 Sitze.

Provinziallandtag Niederschlesien: Sozdem. 39 (41), Deutschnat. 25 (29), Zentr. 16 (17), D. Sp. 7 (7), Dem. 5 (5), Komm. 5 (4), Bauern- u. Wirtschaftsp. 7 (3), Natfsg. 6 (0), Aus 8 Wahlkreisen fehlen noch die Resultate von 15 Abstimmungsbezirken.

Die Wahlen in Hohenzollern. Für den neuen hohenzollernischen Provinziallandtag wurden abgegeben: Zentrum 17 425 Stimmen, 16 Sitze (17); Bauernbund 4371, 3 Sitze; Freie Wahlvereinerung (Demokraten und Volkspartei) 3048, 2 Sitze; Nationalsozialisten 1201, 1 Sitz; Sozialdemokraten 2368, 2 Sitze.

Kommunalandtag für den Regierungsbezirk Wiesbaden: Soz. 14 (16), Zentr. 10 (12), D. Sp. 5 (7), Deutschnat. 3 (6), Dem. 3 (4), Komm. 5 (4), Wirtschaftsp. 3 (3), Christl.-nat. Bauern- u. Landvolksp. 5 (0), Natfsg. 4 (0), Wahlberechtigte 957 373. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die in der Hessischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen sind, werden von ihren 15 Sitzen 4 verlieren, während die Sozialdemokraten ihren Abgeordnetenstand erhalten können. Zentrum und Demokraten verlieren je einen Sitz; die Kommunisten konnten sich halten. Erstmals tauchen Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten mit je 3 Abgeordneten im Kommunalandtag auf.

Kommunalandtag Kassel: Sozdem. 15, Zentr. 6, D. Sp. 0, Komm. 3, Dem. 2, Wirtschaftsp. 2, Natfsg. 3, Hess. Arbeitgem. 12, Christl. Volksdienst 2.

Hessen

Provinziallandtag Rheinheffen: Sozialdem. 11 (13), Zentr. 11 (11), Deutschnat. 1 (1), Christlich-nat. Bauern 3 (4), Volksrechtsp. 0 (0), Evang. Volksp. 2 (0), Komm. 2 (1), Dem. 3 (4), Natfsg. 2 (0), Volksp. 4 (5), Arbeitgem. d. Mittelst. 1 (1).

Oberhessischer Provinziallandtag: Sozialdemokraten 13 (12), Kommunisten 1 (1), Zentrum 2 (2), Evangelische Volksgemeinschaft 1 (1), Nationalsozialisten 1 (0), Selbstiger Landbund 11 (15), Demokraten 1 (2), Deutsche Volkspartei 3 (2), Deutschnationale 1 (0). — Die Deutschnationalen haben bei der vorletzten Kommunalwahl mit dem hessischen Landbund geknüpft. — Mittelstandsvereinerung 1 (0).

Der 22. Dezember

W.D. Berlin, 19. Nov. (Tel.) Der Reichsminister des Innern hat an die Landesregierungen folgendes Rundschreiben gerichtet:

„Verschiedene gewerkschaftliche Angestelltenverbände, wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Zentralsverband der Angestellten haben sich an mich gewandt und sich dahin ausgesprochen, daß keine Ausdehnung der bisher üblichen Sonntagsarbeit vor Weihnachten aus Unlaf des für den 22. Dezember in Aussicht genommenen Volksentscheides zugelassen wird. Hieron beziehe ich mich ebenfalls Mitteilung zu machen und gebe anheim, den Wunsch bei Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.“

2000 deutsche Bauern in Moskau verhaftet. Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Moskau sind im Laufe der letzten zwei Tage über 2000 der in Moskau lagernden deutschstämmigen Bauern verhaftet worden. Es wurde von ihnen verlangt, daß sie eine Erklärung unterschreiben, in der sie sich zur freiwilligen Rückkehr nach ihren Heimatorten verpflichteten. Um die Unterschriften zu erhalten, wurden die Bauern mit Deportation bedroht. Ein Teil von ihnen hat die verlangte Unterschrift geleistet. Die Abtransporte haben bereits begonnen.

Die Sklarek-Untersuchung

Die Verträge der Sklarek

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags trat Montag nachmittag wiederum zusammen, um Berichte über den Aktieninhalt und über den Stand der disziplinargerichtlichen Untersuchung entgegenzunehmen.

Abg. Künneke (D. Natl.) berichtete ausführlich über den Aktieninhalt.

Oberregierungsrat Zapolli als Zeuge teilt mit, daß auf Veranlassung des Oberpräsidenten gegen 14 Beamte des Disziplinarverfahrens eingeleitet ist und nennt an erster Stelle den Oberbürgermeister Dr. Wff. Sieben Verfahren ruhen, weil eine gerichtliche Voruntersuchung gegen die Beschuldigten eingeleitet ist. In neun von den 14 Verfahren ist Suspension vom Amt verfügt.

Bei der Besprechung der Geschäfte der Kleiderverwertungs-gesellschaft stellt Regierungsrat Zapolli fest: Die Firma Sklarek hatte die Waren, die sie selbst für 1,4 Millionen geliefert hatte, schließlich für 600 000 M zurückgekauft. Sie hat davon aber nur 280 000 M bezahlt. In einem Nachtragsvertrag erhielt sie vom Magistrat die Erlaubnis, alle städtischen Dienststellen zu beliefern. Die Kundverfügung des Magistrats in dieser Angelegenheit war aber so unklar gefaßt, daß sie allgemein so aufgefaßt wurde, als handle es sich um eine Verpflichtung der Dienststellen, nur von Sklarek zu kaufen. Tatsächlich handelte es sich lediglich um eine Lieferungs-erlaubnis. Trotzdem und obwohl er gar nicht dafür zuständig war, unterschrieb später Stadtrat Gabel und auf seine Veranlassung Stadtrat Benede einen Vertrag, in dem der Firma Sklarek bestätigt wird, daß ihr Recht, sämtliche städtischen Dienststellen mit Textilwaren zu beliefern, bis zum Jahre 1930 verlängert wird. Erst jetzt hatte also die Firma Sklarek tatsächlich einen Lieferungsvertrag erhalten, mit dem sie ihre Geschäfte bei den Bezirksämtern machte. Am 3. April 1929 wandte sich Sklarek an Gabel mit dem Ersuchen um Weiterverlängerung des Lieferungsvertrages bis zum Jahre 1936. Auch dieser Vertrag wurde von Gabel und Benede unterschrieben.

Zapolli geht dann auf die bedeutliche Geschäftspraxis ein, die der frühere Geschäftsführer der W.G. und der W.G., Kieburg, im Verkehr mit den Firmen Sklarek und Rosenthal beobachtet habe. Diesen Firmen habe er große Vorrechte zinslos bewilligt, während die Gesellschaft selbst für ihren Kredit 20 Proz. Zinsen zahlen mußte. Ohne Wissen und gegen den Willen des Stadtmagistrats habe Kieburg auch für die W.G. große Bestände an Konfektionswaren von Sklarek gekauft. Als das bekannt wurde, haben die Sklarek je wieder zurückgekauft, aber zum halben Preise. Diese Bestände im Werte von 400 000 M sind überhaupt zwischen der W.G. und Sklarek immer hin und her gezogen worden.

W.D. Berlin, 19. Nov. (Tel.) Der Sklarekuntersuchungsausschuß des Preussischen Landtags vernahm heute zunächst den früheren Direktor der W.G., Kieburg, gegen den der Vorwurf der Bilanzfälschung und der Bestechung erhoben war, weshalb auch Strafverfahren schwebten. Er erklärt, die W.G. habe wie ein Rohfabrikant gewirkt und armen Leuten Kleidung unter Preis geliefert. 1924 hätten er und seine Mitarbeiter nicht daran geglaubt, daß die Währung stabil bleiben würde. Deshalb hätten sie größere Warenbestände eingekauft. Der Magistrat drängte auf schleunigen Verkauf, wodurch hohe Verluste entstanden. Er selbst habe aus seiner Tätigkeit außer dem Gehalt keine persönlichen Vorteile gehabt.

Die Reparationen Bulgariens

Ein Schritt der Westmächte

W.D. Sofia, 19. Nov. (Tel.) Die Gesandten Italiens, Englands und Frankreichs statten gestern nacheinander dem Ministerpräsidenten Klavdoff Besuche ab und forderten den Regierungschef dringend auf, als Grundlage eines neuen Vertrages über die Reparationszahlungen einen Plan anzubringen, der 37 Jahreszahlungen von 12½ Millionen Goldfranken vorsieht, wobei die Zahlungen in den ersten Jahren niedriger als 12½ Millionen sein dürften. Im Falle einer Ablehnung dieses Vorschlages werde der Plan des Sachverständigenausschusses zur Anwendung kommen, der 37 Jahreszahlungen von 15 Millionen Goldfranken vorsieht.

Der Ministerpräsident erwiderte, der heutige Vorschlag erleichtere ungewisshaft die Lasten aus dem Vertrage vom Jahre 1923, gehe aber immer noch über das für Bulgarien wirtschaftlich und finanziell mögliche hinaus. Der Ministerpräsident fügte hinzu, er wolle die Rückfrage Durreffs und Wolffs abwarten und ihre Berichte im Ministerrat hören, bevor er seine Antwort erteile.

W.D. Sofia, 19. Nov. (Tel.) Nach einer Protestversammlung, die im Staatstheater gegen die Forderungen der Reparationsgläubiger abgehalten wurde, versuchten die Teilnehmer auf der Straße eine Kundgebung zu veranstalten. Junge Leute, hauptsächlich Studenten, bildeten einen Zug, der mit der Einhaltung des Demonstrationsverbotes verlangenden Polizei zusammenstieß. Da der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht Folge geleistet wurde, entstand ein Handgemenge, bei dem die Polizisten mehrere blinde Schüsse abgaben. Dem persönlichen Eingreifen des Polizeipräsidenten gelang es, die Menge zu zerstreuen. Eine Anzahl Personen wurde bei den Zwischenfällen leicht verletzt.

Der Dank des Organisationsausschusses an Baden-Baden. Der Vorsitzende des Organisationskomitees für die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich, Mister Reynolds, hat an den Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden ein Schreiben gerichtet, in dem er im Namen aller an der Tagung beteiligten Delegationen den verbindlichsten Dank für die freundliche Aufnahme durch die Stadt Baden-Baden ausspricht.

Die Überführung der Rheinlandskommission nach Wiesbaden. Das Nachkommando der Rheinlandskommission, das etwa 300 Mann stark ist, ist Montag nachmittag im Sonderzuge in Wiesbaden-Biedrich von Höchst a. M. eingetroffen und hat sein Quartier in der früheren Artillerielagerne bezogen. Am Mittwoch soll die Rheinlandskommission eintreffen.

Die Saarverhandlungen. Die französische Regierung hat der deutschen Regierung vorgeschlagen, die Verhandlungen über die Saar am Donnerstag, den 21. November, vormittags 11 Uhr, in den Räumen des Quai d'Orsay in Paris beginnen zu lassen.

Der Fall Joepprig. Wie aus Stuttgart gemeldet wird, hat das Oberlandesgericht Stuttgart am Freitag die weitere Haftbeschwerde von Dr. Joepprig, Mergelstein, der wegen eines fahrlässigen Bankrotts und Betrugs verhaftet ist, verworfen. Die Anschuldigung gegen Dr. Joepprig geht dahin, er habe durch Vorlage gefälschter Bilanzen sich weitere Kredite verschafft.

In dem Lohn- und Tarifstreit bei der Mansfeld-W. ist ein Schlichterspruch gefällt worden, nach dem die bisherige Regelung der Löhne und der Arbeitszeit bis zum 31. Januar 1930 unverändert bestehen bleibt. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 22. d. M.

Reichstag am 27. November

Der Altpräsident des Reichstags bestimmte am Montag, daß das Plenum am 27. November zusammenzutreten soll. An diesem Tage wird eine Reihe kleinerer Gesetze beraten. Am 28. November soll das Volksbegehren zur Beratung gestellt werden. Die Tage des 6. und 7. Dezember bleiben sittingsfrei, wegen der Landtagswahlen in Thüringen und der Gemeindevahlen in Bayern. Der jetzige Tagungsabschnitt wird sich etwa bis zum 20. oder 21. Dezember ausdehnen.

Studentenunruhen in Prag

In der deutschen Universität in Prag kam es zu Kundgebungen. Sie richteten sich gegen die ausländischen israelitischen Studenten. Verschiedentlich mußte die Polizei einschreiten. Die demonstrierenden Studenten ließen sich schwere Ausschreitungen zuschulden kommen. An der juristischen Fakultät drangen ungefähr 400 mit Stöcken bewaffnete Studenten in das Carolinum, stürmten das Studierzimmer und mißhandelten die Anwesenden. Auch am deutschen Technikum drangen Demonstranten in einen Hörsaal und warfen die jüdischen und ausländischen Hörer mit Gewalt aus dem Saal. Die Studenten verlangen die Einführung des Numerus clausus. An der deutschen Universität wurden die gesamten Vorlesungen für zwei Tage eingestellt.

W.B. Prag, 19. Nov. (Tel.) Vor dem Deutschen Chemischen Institut versammelten sich heute früh vor 9 Uhr etwa 150 kommunistische Studenten, die den Versuch machten, eine Protestkundgebung gegen die gestrigen Ereignisse zu betreiben. Die Polizei gesteuerte sie jedoch.

Waldemar und die Universität Wlana

W.B. Warschau, 19. Nov. (Tel.) Aus Wlana eingetroffene Nachrichten glauben bestätigen zu können, daß sich der ehemalige kaiserliche Ministerpräsident Waldemar mit der Absicht trage, sich an der Wlanaer Universität als Professor der Geschichte zu habilitieren. Der Senat der Wlanaer Hochschule hat hierüber noch keine Entscheidung getroffen. In der Warschauer Presse wird berichtet, daß die polnische Regierung einer Niederlassung Waldemars in Polen keinerlei Schwierigkeiten bereiten werde.

Badischer Teil

Die Regierungsbildung in Baden

Donnerstag nachmittag Wahl der Regierung

Das Landtagsplenum hält am Donnerstag, den 21. November, vormittags 9 Uhr, seine nächste Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen die Wahl der Mitglieder der ständigen Ausschüsse, die mündlichen Berichte des Landständischen Ausschusses über die Prüfung der Rechnung der Amortisationskasse für 1928 (Berichterstatter Abg. Seibert, Zentr.) und jener des Domänengrundbuchs für 1928 (Berichterstatter Hofheim, Dem.). Sodann wird das Haus über den Druckvertrag beschließen und hierauf zu den Anträgen der Abg. Rod (Komm.) und Dr. Baumgartner (Zentr.), betreffend Änderung der Geschäftsordnung, Stellung nehmen. Schließlich sollen Anträge der Deutschnationalen, betr. den Geschäftsfreis der Ministerien, und der Nationalsozialisten, die die badischen Ministerien nur mit Sachleuten besetzt wissen wollen, zur Beratung und Beschlußfassung kommen.

Am Nachmittag des gleichen Tages, um 4 Uhr beginnend, wird eine weitere Vollversammlung des Landtages stattfinden mit der Tagesordnung: 1. Wahl der Minister und Staatsräte, 2. Wahl des Staatspräsidenten und seines Stellvertreters.

Wechsel im Vorsitz des Finanzgerichts beim Landesfinanzamt Karlsruhe

An Stelle des in den Ruhestand getretenen Finanzgerichtsdirektors Dr. Gutmann ist der Oberregierungsrat Adolf Bähr, bisher beim Landesfinanzamt, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern, zum Finanzgerichtsdirektor und Vorsitzenden des Finanzgerichts beim Landesfinanzamt Karlsruhe ernannt worden.

Die Beleuchtung stehender Kraftfahrzeuge

Das Oberlandesgericht Stuttgart hat, wie schon in der Presse gemeldet wurde, durch ein Urteil vom 12. Juni 1929 entschieden, daß die Pflicht zur Beleuchtung stehender Kraftfahrzeuge nicht besteht, wenn die Fahrzeuge im Schein anderer Lichtquellen stehen, die das Fahrzeug und Kennzeichen in gleichem Maße erhellen, wie dies durch eigene Beleuchtung möglich wäre und denen gegenüber die eigene Beleuchtung des Fahrzeugs infolge dessen zwecklos wäre.

Der badische Minister des Innern hat sich dieser Rechtsansicht angeschlossen. Die Gendarmerie- und Polizeibeamten sind angewiesen, dieser Auffassung entsprechend zu verfahren. Es sei aber besonders darauf hingewiesen, daß die Verantwortung dafür, daß die fremde Lichtquelle während der ganzen Dauer die erforderliche Beleuchtung bewirkt, dem Fahrzeugbesitzer verbleibt.

Die landwirtschaftlichen Waren- und Kreditgenossenschaften zum Zusammenbruch

Auf Samstag, den 16. November, hatte der Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften (Körperschaft) Karlsruhe seine Waren- und Kreditgenossenschaften Mittelbadens zu einer Bezirksversammlung nach Karlsruhe eingeladen.

Verbandspräsident Reidel gab eingehend Auskunft über die absehbenden Einigungsverhandlungen zwischen dem Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften (Körperschaft) Karlsruhe und dem Badischen Bauernverein Freiburg. Mit besonderem Nachdruck betonte er, daß die Punkte der im September in Karlsruhe gefaßten Resolution restlos erfüllt seien und daß die neue Einheitsorganisation für das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen und die gesamte badische Landwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung werde.

Die lebhafteste Aussprache bewies das große Interesse an den für Waren- und Kreditgenossenschaften gleich lebenswichtigen Fragen und zeigte, daß der Wille zur Vereinheitlichung über alle trennenden Fragen hinweg als letztes Mittel zur Stärkung der genossenschaftlichen Einheitsfront in Baden sich allgemein durchgesetzt hat. Wiederholt kam zum Ausdruck, daß der Zusammenbruch eine wesentliche Stärkung der Einheitsfront und der Einheitswarengenossenschaft in Karlsruhe bringen wird und für die Zukunft der gesamten Einheitsorganisation die genossenschaftliche Treue aller Mitglieds-genossenschaften entscheidend sein werden.

Nachdem Verbandsausführungsmitglied Landesökonomierat Schittenhelm, Augustenberg, welcher die von 350 Vertretern besuchte Versammlung leitete, der Verbandsleitung den Dank für die Vertretung der Interessen der Karlsruher Organisation ausgesprochen hatte, schloß die harmonisch verlaufene Versammlung.

W.B. Konstanz, 19. Nov. Die Totenmaske des verstorbenen Prinzen Max von Baden hat der hiesige Kunstbildhauer Dieck im Auftrag der Angehörigen des verstorbenen Prinzen angefertigt. Nach der „Konst. Ztg.“ ist das Werk sehr gut gelungen.

Aus der Landeshauptstadt

Die badische Landes-Fahr- und Reitschule kommt nach Karlsruhe

Nachdem alle deutschen Länder den Vorzug einer staatlichen Fahrschule mit Reitunterricht und Lehre der sachlichen Behandlung des Gebrauchspferdes bereits seit Jahren haben, kommt auch aller Voraussicht in nächster Zeit Baden in den Besitz einer aus dem Reichsministerium „anerkannten“ Ausbildungsstätte für ländliche und städtische Fuhr- und Pferdehalter. Erfreulicherweise hat sich das Reichsministerium auch zu einmaligen und dauernden Beihilfen bereit erklärt, so für Mittelberechtigung für „Silschulerturse“ und ab April 1930 für einen Wanderlehrer.

Die Bedenken, daß für Sportfertigkeit keine staatlichen Mittel verfügbar sind, sind durchaus gerechtfertigt. Man hat kein Verständnis für Neuzugereit auf ländlichen Gebrauchspferden, die wohl Vielseitigkeitsprüfungen absolvieren können, aber nicht zu zentraler Verwendung, sportiert und zoh angetrieben, sich eignen. Wenn die ländlichen Reitervereine das erkennen lernen und danach umgehend handeln, auch ihre Ackerpferde nicht sehr zu Springfonturzen als vielmehr einfachen, Nützlichkeitsprüfungen und noch besser zu Gehorsamsübungen im Gespann herausbringen, dann werden alle beherrschlichen Bedenken schwinden, und die Anerkennung der unfruchtlichen ländlichen Fuhr- und Reitervereine folgt automatisch. Die badische Pferdezeitung aber erhält mittels der Fahrschule, die an die Karlsruher Hengsthaltung anzugliedern wäre, einen dauernden Nützlich- und Stärkung ihrer nationalwirtschaftlichen Bestrebungen.

Schweres Erdbeben. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins am Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten am Montagabend ein sehr starkes Erdbeben. Der erste Einfall erfolgte um 21.40 Uhr, der zweite um 21.48 Uhr. Der Beginn der langen Wellen fiel auf 21.55 Uhr, die Bewegung erreichte ihr Maximum um 21.58 Uhr. Gegen 24 Uhr kamen die Apparate zur Ruhe. Die Herdenfernung betrug nahezu 5000 Kilometer. Nach der Stärke der Aufzeichnungen muß im Epizentralgebiet mit einer zerstörenden Wirkung des Bebens gerechnet werden. — Aus Nordamerika kommen Erdbebenmeldungen.

Die Polizei im Kampf mit dem Alkohol. In der Nacht zum Sonntag hatte die Polizei in 16 Fällen schwere Arbeit mit Betrunknen. Vier sinnlos betrunkene Personen mußten von der Straße hzw. aus Hauseingängen aufgeführt und auf die Wachen in Schutz gebracht werden. Zehn Personen wurden festgenommen, wobei in drei Fällen erheblicher Widerstand geleistet wurde, so daß einmal der Notruf eingreifen mußte. Ein junger Mann machte sich außerdem der Gefangenenerleichterung schuldig, weil er einen festgenommenen Genossen dem Beamten zu entreißen suchte. In einem Falle wurde ein Betrunkener vom Bezirksarzt untersucht, der seine Einweisung ins Krankenhaus wegen Verdacht einer Giftvergiftung anordnete. Er hatte zu Hause seine Angehörigen mit offenem Messer bedroht.

Badisches Landestheater. Zur diesjährigen Weihnachtszeit veranstaltet das Badische Landestheater auch im Konzerthaus Weihnachtsvorstellungen, und zwar wird ein großes Ballett mit Orchester gegeben werden „Der arme Reinhold“. Dieses Ballett behandelt das bekannte Märchen vom armen Reinhold und dem König Ruknadar. Die Vorstellungen sind auf 17., 20. und 27. Dezember vorgesehen und sollen bei kleinen Preisen stattfinden. Sie werden um 19 1/2 Uhr beginnen und etwa um 21 Uhr beendet sein.

Kaffee-Quartett. Kommen Donnerstag, den 21. November, findet der zweite Abend im Zirkus der Gesamtaufführung der 16 Streifenquartette von Beethoven statt. In diesem Abend wird die älteste und berühmteste der Kammermusikvereinigungen nach Jahresfrist wieder in Karlsruhe eintreffen: das Wiener Kaffee-Quartett. Vielfachen Wünschen entsprechend wird für die restlichen 4 Beethoven-Abende noch ein Abonnement ausgegeben. Für die Einzelkarten wurde nach eine zweite Vorverkaufsstelle eingerichtet, und zwar im Musikhaus Schalte, Kaiserstr. 175, wo von jetzt ab die Karten der rechten Saalhälfte zu haben sein werden. Gesamtkarten und Einzelkarten für die linke Saalhälfte sind nach wie vor bei Kurt Neufeld, dem Veranstaltungs-Konferentier, Waldstraße 81, neben dem Münzplatz Konfektwaren, zu haben.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Unter dem Einfluß einer westlich England erschienenen großen Zyklone hat der westeuropäische Hochdruckrücken nach dem Festland abgeschwenkt und in unserem Gebiet zum Abflauen des Windes und Aufheiterung geführt. Kräftige Einstrahlung hatte daher heute nacht verbreiteten Frost mit Bildung von Morgennebeln zur Folge. Wir werden vorberhand noch im Bereiche des sich von Südwesten über das Festland erstreckenden Hochdruckrückens verbleiben. Wetterausblick: Heiter und trocken, tagsüber milder bei leichten Südwinden, Nachtfrost und örtliche Morgennebel.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Fischbach (Amt Billingen) wurden von 269 Wahlberechtigten 227 Stimmen abgegeben. Der bisherige Bürgermeister Müller erhielt 111 und der Gemeinderat Roth 112 Stimmen. Vier Stimmen waren gesplittet bzw. unglücklich. Die Wahl ist ergebnislos. — In Schwirzstadt war der zweite Wahlgang von Erfolg begleitet. Von 662 Stimmberechtigten stimmten 483 ab. Mit 306 Stimmen wurde Ratsschreiber Schmidt zum Bürgermeister gewählt. Schreinermeister Josef Keier erhielt 161 Stimmen, fünf waren gesplittet und unglücklich 11. — Bei der Bürgermeisterwahl in Ehlingen (Württemberg) wurde der Schwenninger Oberbürgermeister Dr. Lang von Langen, mit 1456 Stimmen vom dortigen Stadtoberhaupt gewählt. Der Neugewählte stammt selbst aus Ehlingen. Von seinen Gegenkandidaten erhielt Landrat Höger 6206, der kommunistische Landtagsabgeordnete Köhler 1100 Stimmen.

Die Heidelberger Festspiele. Im Bericht über die letzte Heidelberger Stadtratssitzung wird mitgeteilt: Die Aussprache über die Angelegenheit der Heidelberger Festspiele hat ergeben, daß der Übernahme sämtlicher Verbindlichkeiten des Festspielvereins noch Schwierigkeiten entgegenstehen. Die zur Prüfung der Finanzverhältnisse eingeleitete besondere Kommission wird nochmals zusammengezurufen werden, um Mittel und Wege zu finden, die ohne allzu starke einmalige Belastung der städtischen Finanzen den weiteren Fortbestand der Spiele ermöglichen.

Der neue Neßplatz in Offenburg erfordert zur Vollenzung eine Erhöhung des städtischen 20.000-Reichsmark-Kredites um 12.000 Reichsmark. Die Fläche hat sich als größer herausgestellt, wie ursprünglich angenommen wurde. Die Instandsetzung des Platzes werden alsbald wieder aufgenommen, da für die ständigen Arbeiter des Stadtbauamtes keine ausreichende und geeignete Beschäftigungsmöglichkeit vorliegt.

Die Mosbacher Wasserversorgung. Auf Beschluß des Bürgerausschusses müssen in Mosbach sämtliche galvanisierten Rohre der Hausanschlüsse der Wasserleitungen gegen gußeiserne Rohre ausgetauscht werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 29 enthält eine Verordnung des Ministers des Innern über Berufspflichten der Gebäuhen und eine Bekanntmachung des Ministers des Innern über Vornahme einer Viehzählung am 2. Dezember 1929, ferner die Bekanntgabe des Bezugspreises des Gesetz- und Verordnungsblattes.

D. J. Menzingen (Amt Bruchsal), 19. Nov. Beim Pflegen fand ein Knecht, nur 15 Zentimeter tief liegend, 245 Silbermünzen aus den Jahren 1640—1690, und ein Goldstück mit arabischer Inschrift. Es wird angenommen, daß dieses Geld vor dem Nordbrenner Melac, dem Besitzer des Heidelberger Schlosses, in Sicherheit gebracht wurde.

D. J. Durlach, 18. Nov. In der Basler-Tor-Straße in Durlach brach am Sonntagnachmittag ein Starkstromkabel und fiel in den Hof eines Hauses. Das Badenwerk traf sofort die nötigen Maßnahmen, um schweres Unglück zu verhüten.

W. Freiburg, 18. Nov. Eine Gruppe von Friedensfreunden, die sich als gute französisch-elsässische Bürger bezeichnen, haben dem Oberbürgermeister von Freiburg einen Kranz aus Stachelpalmen der Vogesen überreicht, mit der Bitte, ihn am Ehrenabend der Stadt Freiburg niederzulegen. Diejem Erfuchen ist gerne entsprochen worden.

D. J. Freiburg, 18. Nov. Wie aus New York gemeldet wird, hat Edmund Stinnes, ein Sohn von Hugo Stinnes, sich in New York mit der Tochter des Freiburger emeritierten Universitätsprofessors Geheimrat Dr. von Schulze-Gaevernich, Marga von Schulze-Gaevernich, vermählt. Die Trauung fand in der Baptistenkirche von West-New York statt.

D. J. Billingen, 18. Nov. Der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dr. Dörpmüller, wird am Dienstagnachmittag die Schwarzwaldbahn von Offenburg bis Zimmendingen bereisen und die Tunnelbauten von Hornberg bis Sommerau besichtigen. Dörpmüller kommt von Paris und wird von Zimmendingen nach Stuttgart weiterfahren.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	19. November		18. November	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam 100 G.	168.49	168.83	168.50	168.84
Kopenhagen 100 Kr.	111.88	112.12	111.64	112.26
Italien . . . 100 L.	21.865	21.905	21.86	21.90
London . . . 1 Pf.	20.368	20.408	20.374	20.414
New York . . . 1 D.	4.1790	4.1870	4.1790	4.1870
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	81.03	81.19	81.03	81.19
Wien 100 Schilling	58.97	58.89	58.71	58.83
Prag . . . 100 Kr.	12.385	12.405	12.382	12.400

Zahlungseinstellung einer Saarbrücker Bank

Die Bank Galdy AG. und die Holzgroßhandlung Gebr. Galdy G. m. b. H. in Saarbrücken, haben ihre Zahlungen eingestellt. Wie die „Saarbr. Ztg.“ meldet, wird am Samstag, den 23. November, eine Gläubigerversammlung darüber entscheiden, ob die Unternehmen in Konkurs gehen werden, oder ob die Durchführung eines Vergleichsverfahrens ermöglicht wird.

Zu dem Zusammenbruch der Bankfirma Schmidt & Co., Baden-Baden. In Baden-Baden fand eine Besprechung von Großgläubigern der Firma Kitz & Klump in Bernsbach unter Beteiligung auch ausländischer Banken statt, in der ein vorläufiger Status mitgeteilt wurde. Nach diesem besteht die Aussicht, die Firma erhalten zu können.

Aberschuldung der Großgärtnerei Weber in Dos. Die Passiven bei der Großgärtnerei und Obstplantagenfirma Josef Weber in Dos betragen 1,40 Mill., die Aberschuldung beträgt 570.000 M.

Spinnerei und Weberei Zell-Schnau AG. Die Generalversammlung dieser mit rund 2,112 Mill. Reichsmark Aktienkapital arbeitenden Gesellschaft genehmigte den Abschluß ihres Geschäftsjahres 1928/29. Dieser weist einen Verlust von 5865 M auf, um den sich der aus 1927/28 vorgetragene Gewinn von 88.046 M ermäßigt. Dem Betriebsüberschuß von rund 2,9 Mill. Reichsmark standen an Unkosten, Steuern usw. rund 2,65 Mill. Reichsmark gegenüber. Abschreibungen wurden in Höhe von 246.759 M getätigt. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr werden als wenig günstig bezeichnet, da Aufträge nur in geringem Maße hereinzubringen sind.

50 Mill. Reichsmark Fravag-Verlust. Die Annahme, daß der Status der Frankfurter Allgemeinen eine erhebliche Verschlechterung erfahren hat, bestätigt sich. Es verlautet Presse-meldungen zufolge, daß nach den dem Aufsichtsrat in seiner letzten Sitzung vorgelegten Ziffern über den Verlust des Aktienkapitals von 30 Mill. Reichsmark hinaus eine Unterbilanz vorhanden ist. Nach umlaufenden Gerüchten erreicht der Fehlbetrag der Aktien gegen die Passiven fast 20 Mill. Reichsmark, so daß ein Gesamtverlust von rund 50 Millionen Reichsmark vorläge (gegenüber einem Aktivsaldo von 6,5 Mill. Reichsmark in dem im September veröffentlichten Status). Es haben also voraussichtlich nicht nur die Aktionäre ihr ganzes Geld verloren, sondern auch die Gläubiger müssen sich große Abstriche gefallen lassen.

Geschäftliches

Ein altes Lob des Tees und des Teetrinkens. Wohl die älteste Würdigung des Tees und des Teetrinkens in deutscher Sprache liegt uns aus Joh. Jac. Waldschmidts, Leibarzt und Professor zu Marburg, gründlichem Berichte vom Tee, 1685 vor. Es heißt da: Trinkt Tee, ihr Herren Politiker, daß ihr pro patria rathet, discite justitiam, et non temere Thee (lernt als das Rechte erkennen, den Tee nicht zu verachten!) Trinkt Tee, ihr Herren Geistlichen, die ihr euren Leib mit Predigen abmattet! Trinkt ein wenig Wein mit Timotheo, und mit mir viel warmes Theewasser! Trinkt Tee, ihr Herren Officiere, denn ihr wißt nicht, in welcher Stunde der Feind kommen wird! Trinkt Tee, ihr Herren Medici, daß an euch nicht wahr werde: Alis inserendo inficimur (indem wir anderen dienen, vergiften wir uns). Trinkt Tee, ihr Herren Philosophen, daß auch die notions secundae (zweite Begriffe) und subtiles distinctiones (feinen Unterscheidungen) seine Winde und Blähungen verursachen! Trinkt Tee, ihr Herren Studiosi more palatino (Studenten in pfälzischer, d. h. zierlicher Tracht!) Trinkt Tee, alle, die ihr dürft, ein jeder der Luft hat, trinkt nur Tee, damit er in seinem Stambe und seiner Profession sein Amt wohl verrichten könne! Soweit der reizvolle Auszug aus der Schrift des alten Marburger Gelehrten, in der wir wahrscheinlich die erste Abhandlung über den Tee und seine Bedeutung als Getränk vor uns haben. Die nachweisbar erste Erwähnung des Tees in Europa findet sich in einer englischen Parlamentsakte aus dem Jahre 1661. Mitgeteilt von der bekannten Teefirma Sulig & Hille (Teefirma).

Zur Verhaftung Zubloffs
W.D. Bonn, 19. Nov. (Tel.) Zur Verhaftung Zubloffs teilt die Bonner Polizei mit: Da Zubloff geäußert habe, daß er Donnerstag nach Cronberg fahren wolle, war bei seiner Veranlagung zu befürchten, daß er die öffentliche Ruhe und Ordnung stören werde. Tatsächlich hat er bei seiner Vernehmung angegeben, daß er als rechtmäßiger Ehemann das Verfügungsrecht über die Leiche seiner Frau beanspruche, und diese mitnehmen wolle. Unter diesen Umständen konnte von einer Verhaftung nicht abgesehen werden, zumal Zubloff auch noch wegen anderer Straftaten von der Staatsanwaltschaft verfolgt wird und damit zu rechnen war, daß Zubloff Deutschland bald für immer verlassen wird.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung Die abgeordnete Waldgemarkung Mülheim.

Die zwischen der abgeordneten Waldgemarkung Mülheim und der Stadtgemeinde Mülheim abgeschlossene Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarkung mit der Stadtgemeinde Mülheim mit Wirkung vom 1. April 1929 wurde staatlich genehmigt.

Karlsruhe, den 16. November 1929.
Der Minister des Innern:
Memmele.

Mr. 97341. XII. Fortbildungsgesetz für Gemeindepolizeiangehörige.

An die Herren Landeskommisäre und an die Bezirksamter
Genügende Beteiligung vorausgesetzt, ist beabsichtigt, den XII. Fortbildungsgesetz für Gemeindepolizeiangehörige an der Genbarmerieschule in Karlsruhe vom 5. Februar 1930 bis 28. Februar 1930 stattfinden zu lassen.

Die in Betracht kommenden Städte und größeren Gemeinden wollen jetzt schon hierauf hingewiesen und die Anmeldungen zur Teilnahme an dem Lehrgang durch die dortige Vermittlung bis spätestens 20. Januar 1930 hierher vorgelegt werden.

Karlsruhe, den 15. November 1929.
Der Minister des Innern:
Memmele.

Bekanntmachung Versuch der Lebensrettung durch Regierungsrat Schöffner in Waldshut.

Regierungsrat Alfred Schöffner beim Bezirksamt Waldshut machte — wenn auch ohne Erfolg — am 14. August d. J. den Versuch, den Streifenmeister Otto Mayerhöfer bei der Staatspolizei Waldshut, der einen Rheinarmer südlich des Ortes Dogern durchschwimmen wollte, vom Tode des Ertrinkens zu retten. Ich spreche dem Genannten für das bei diesem Rettungswert bewiesene mutvolle und entschlossene Handeln die öffentliche Anerkennung aus.

Karlsruhe, den 15. November 1929.
Der Bad. Landeskommisär für die Kreise Konstanz, Balingen und Waldshut
Dr. Sartmann

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Staatsministeriums

Das Staatsministerium hat unterm 9. November 1929 Nr. 11 432 den Oberlandesgerichtsrat Dr. Richard Engelhardt auch nach seiner Ernennung zum Landgerichtsdirektor als richterliches Mitglied des Landesversicherungsamtes für die Dauer seines Hauptamtes im Nebenamt bestellt gelassen und den Oberlandesgerichtsrat Franz Müller mit Wirkung vom 1. Januar 1930 für die Dauer seines Hauptamtes zum richterlichen Mitglied des Landesversicherungsamtes im Nebenamt ernannt.

Das Staatsministerium hat unterm 7. November 1929 Nr. 1128 den Oberregierungsrat Dr. Hugo Frhr. von Vabo im Ministerium des Innern zum ständigen Mitglied des Landesversicherungsamtes im Nebenamt ernannt.

Ministerium des Innern

Befestigt:

Verwaltungsassistent Alfons Zerk beim Ministerium des Innern zum Bezirksamt Karlsruhe.

Nachstehend bringen wir die mit Erlaß des Herrn Landeskommisärs in Karlsruhe vom 29. Oktober 1929 für vollziehbar erklärte bezirkspolizeiliche Vorschriften über die Bekämpfung der Spargelschädlinge zur öffentlichen Kenntnis.

§ 1
Auf Grund des § 145 Ziffer 1 PolStrGB. und unter Aufhebung der bezirkspolizeilichen Vorschriften vom 28. Dezember 1927 wird folgende bezirkspolizeiliche Vorschrift erlassen:

§ 2
Zur Bekämpfung der Spargelfliege ist es notwendig, in den Monaten Mai und Juni die nicht oder nur kurze Zeit stehbaren Spargelpflanzungen öfters auf das Vorkommen der Fliege abzusuchen.

§ 3
Befallene Triebe, fennlich an Krümmungen und Gelbfärbungen, sind unverzüglich an der Krone abzuschneiden und auf dem Acker zu verbrennen.

§ 4
Die Vernichtung muß bis 1. August durchgeführt sein.

§ 5
Beim Auftreten des Spargelfläfers und dessen raupenähnlicher, schmutzgrüner Larve, die in den Monaten Mai bis August an den Trieben der Junganlagen fristen, sind letztere mit den von der Ortspolizeibehörde näher bezeichneten Mitteln zu spritzen.

§ 6
Bei geringem Befall genügt das Abklopfen der Stöcke und Sammeln der Schädlinge in mit verdünntem Petroleum gefüllten Gefäßen.

§ 7
Vom Spargelfrost befallene Pflanzungen sind unverzüglich der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Die Junganlagen sind in der Zeit vom Juli bis September öfters durchzusuchen.

§ 8
Die kranken Triebe sind mit 1prozentiger Kupferkalklösung oder anderen von der Ortspolizeibehörde bezeichneten Mitteln zu spritzen.

§ 9
Im Herbst, nach Abschluß der Vegetation, ist das Spargelkraut sämtlicher, auch der älteren Pflanzungen, möglichst nahe am Wurzelstock abzuschneiden, sofort auf dem Felde zu verbrennen und die nicht verbrennbaren Teile und abgefallenen Nadeln bei der Herbstbearbeitung mit Erde zu bedecken.

Zur Ruhe geht bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Pflegerin Christine Müna bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Zur Ruhe geht auf Ansuchen:

Hauptlehrer Rudolf Meiser in Ebersweiler, Amt Offenburg.

Entlassen auf Ansuchen bis zur Wiederherstellung der Gesundheit:

Hauptlehrerin Emma Trill an der Lessingschule in Karlsruhe.

Gestorben:

Revisionsinspektor Peter Ehret beim Bezirksamt Heidelberg.

Hauptlehrer Gustav Weck in Karlsruhe am 10. Nov. 1929.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres (Unter besonderer Berücksichtigung des Wehrkreises V)

Mit dem 1. November werden befördert:

zum Hauptmann:

Oberleutnant Flimm, Art.-Regt. 5.

Oberleutnant von Bardeol, Inf.-Regt. 13.

zu Oberleutnanten:

Leutnant Sutbrod, Art.-Regt. 5.

Leutnant Eitor, Inf.-Regt. 15.

zu Leutnanten:

Oberfähnrich Bredle, Inf.-Regt. 15.

Oberfähnrich Burzer, Inf.-Regt. 15.

zum Generalarzt:

Generaloberarzt Dr. Bredle, San.-Abt. 5.

zum Oberstabsarzt:

Stabsarzt Dr. Wagner (Hans), San.-Abt. 5.

Mit dem 1. Oktober 1929 ist ausgeschieden:

Oberleutnant Schramm, Art.-Regt. 5.

Mit dem 1. November 1929 werden versetzt:

die Stabsbaterie:

Dr. Daniels, Stab d. Gruppenkommandos 2 zum Pionierbataillon 4.

Dr. Wilden, Fahr-Abteilung 1, zum Stab des Gruppenkommandos 2.

Literarische Neuerscheinungen

Der vierdimensionale Raum. Von Prof. Dr. techn. E. G. Hart. Mit 29 Figuren (Mathematisch-physikalische Bibliothek, Bd. 84), kart. 1,20 M., V. G. Teubner, Leipzig. — Als Einleitung wird der ein-, zwei- und dreidimensionale Raum so behandelt, daß sich die Erweiterung auf höhere abstrakte Räume von selbst ergibt. Der Hauptteil befaßt sich mit den Lagen- und Maßbeziehungen im R₄, die nicht nur rein logisch entwickelt, sondern auf einem neuen methodischen Wege mit Hilfe der dazugehörigen darstellenden Geometrie lösungsfähig gemacht werden. Die Rechnungen und Konstruktionen ergänzen sich gegenseitig. Den Abschluß bildet die konstruktive Behandlung der Einheits-Wilkinson'schen Welt und ein Ausblick auf die verschiedenen hierher gehörigen Geometrien. Besondere Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt. Das Mändchen ist höchstens zu empfehlen.

Einführung in das Wesen unserer Gesten und Bewegungen von Eli Green. Mit 257 Abbildungen. (Preis 8 M., Deutscher & Co. Verlag, Berlin W 15.) — Die Bewegungslehre, das Fundament des Tänzers und des Schauspielers, hat sich bisher vorwiegend mit dem anatomischen Bau des Körpers befaßt. Diese wichtigen Vorkenntnisse über Gelenke, Muskeln und ihr Wechselwirken orientierten den Künstler über die Arbeit seiner Bewegungen. Die Tatsache, daß die Plastik des menschlichen Körpers eine Spiegelung seelischer Bewegungen bildet, ist dem Bühnenkünstler aber immer noch nicht genügend bewußt geworden. Seine Intuition allein genügt nicht für die zahllosen Schwierigkeiten bei der psychologischen Analyse moderner und klassischer Schauspiele und Tanzentwürfe. Infolgedessen ist auch oft die plastische Ausführung einer komplizierten Aufgabe entweder unzusammenhängend oder unklar. Die bisher über dieses wichtige Thema erschienenen Abhandlungen waren hauptsächlich für Psychiater und Pädagogen geschrieben. Der Künstler konnte aus dieser wissenschaftlichen Literatur nicht genügend Nutzen ziehen. Es fehlte eine kurzgefaßte Auseinandersetzung der Faktoren des seelischen Lebens, dessen Regeln und Gesetze, durch speziell für Bühnenkünstler ausgesuchte Beispiele weiter entwickelt und erklärt. Dieser praktischen Forderung entspricht durchaus das neue reich illustrierte, vornehm ausgestattete Buch der bekannten Künstlerin Eli Green, das von M. von Lenep herabgegeben worden ist. Es ist für jeden Bühnen- und Tanzkünstler ein unentbehrlicher Führer.

„Das schöne Tier“. 64 Bilder, eingeleitet und erläutert von Friedrich Schnad. Schaubücher 6, Herausgeber Dr. Emil Schaeffer. (Geb. 3 Franken, 2,40 M., Orell-Füssli-Verlag, Zürich.) — In der Schule lernten wir nützliche Tiere von unwilligen unterscheiden; von der „Schönheit des Tieres“ war in unsern Schulbüchern nichts zu lesen. Aber sie ist da, und wenn Augen zum Schauen gegeben sind, dem ist sie vertraut, sie braucht ihm nicht erklärt zu werden; auch dieses „Schöne Tier“ erklären Tiere will nicht etwa die „Schönheit des Tieres“ erklären, wohl aber die Augenkenntnis von der Vielfalt des Tieres erweitern und, darüber hinaus, Liebe zu den Tieren wecken, wo sie noch schläft, die wache aber schüren und anfeuern, auf daß nach den Worten des Dichters Friedrich Schnad „jener höllische Geist zerstört werde, der Natur und Tier nur als Gegenstände von Ausbeutung und Nahrung erachtet“.

Eduard Studen: Im Schatten Shakespeares. In Ganzleinen geb. 11 M., Horen-Verlag, Berlin-Grünwald. — Mehr als zehn Jahre sind seit dem unvergleichlichen Epos des Mexiko-Schicksals, „Die weißen Götter“, vergangen. Nun legt der Dichter wieder einen großen historischen Roman an. Und wieder ist es das Schicksal einer Welt, dessen Tragik und Groteske ihn bestimmt, das bezaubernde, herkende Bild einer im Goldlicht des Untergangs glühenden Überkultur zu malen. Es ist die Welt Shakespeares in jenen Jahren, da das Globe-Theater niederbrannte, da die Hoffnung des englischen Volkes: Prinz Henry, dahinschied, da der größte Dramatiker des Abendlandes sich entschied, seine Seele mehr zu schreiben. Damals lebte Englands Volk, Englands Adel, Englands Reichthum sich aus in renaissance-trohem Genießen und barock-geschwollenem Übermut, lebte sich aus, um lagend zu vergehen, um im Untergang die Kraft zu neuer Wiedergeburt zu finden, in der das heutige England erwuchs. Studens epische Kraft, befreit, Shakespearesche Lust aufzuwecken zu lassen, daß der Roman bei allem Wechsel und bei aller Farbigkeit wie ein Michelangelosches Gemälde sich vor uns aufbaut. Frankreich besitzt in Flaanders „Salombo“ ein gleichartiges Werk: wir Deutschen jetzt durch Eduard Studens Roman „Im Schatten Shakespeares“.

Hugo Sellheim: Moderne Gedanken über Geschlechtsbeziehungen. (88 Seiten, Leipzig, Verlag Curt Kabitzsch, 1,80 M.) — Es gibt für unsere Generation zur Zeit kein wichtigeres Thema als die Zukunftspläne, die die Beziehungen der Frau zum Erwerbsleben, zum Manne und Kinde betreffen. Eine überragende Persönlichkeit, mit der Wesensart des Weibes vertraut, und daher auch wärmere Verteidiger weiblicher Eigenart, behandelt Sellheim in der vorliegenden Schrift diese interessanten Probleme. Er wendet sich gegen die Versuche, die Frau durch gemeinsame Erziehung, gemeinsamen Unterricht und Wettbewerb im Erwerbsleben dem Manne gleichzustellen. Aber nicht als Verdichter männlicher Vorrechte tut er dies, sondern zum Schutze der Frau.

Lord Alfred Douglas' Freundschaft mit Oscar Wilde. (Paul Viki Verlag, Leipzig.) — Lord Douglas, der unschuldig-schuldige Anwalt zu dem größten englischen Gesellschaftsroman des 19. Jahrhunderts, der Verlobte des geistreichen Sinders Wilde, spricht hier von dem seltsamen Ein und der ihrer Freundschaft, von Dasein in Luxus und Not, Gefährnissen und Krankheiten, von Liebe, von Enttäuschung und abstoßendem Haß. Wir erhalten Einblick in die Londoner Hofgesellschaft, hören von Internaten, Sport, Rennen, Klubs, Spielbanken, Karrieren, sehr schönen Frauen und Politik. London, Paris, Italien, Ägypten und Amerika sind der Rahmen des Geschehens. So wird diese Autobiographie, die in bremsender Aktualität verläuft — bald geschmackvoll distret, bald bekenntnerisch offen, bald auch künstlerisch-lyrisch in eingestrichelten Strophen und Soneten — zu einer sensationellen Erscheinung für den literarisch interessierten Leser, der mit Geschmack, Intelligenz und Temperament unterhalten sein will.

Leçons de Français. Einfacher Lehrgang der französischen Sprache für späte Anfänger. Von Studienrat Dr. E. Wablung. 2. verb. Auflage. (Teubners kleine Sprachbücher Bd. 1.) Geb. 2,40 M. (V. G. Teubner, Leipzig.) — Das Erscheinen der Neuaufgabe dieses beliebten Sprachbuches, die mit den neuesten Ergebnissen der Sprachforschung in Einklang gebracht wurde und die in dorkriegsmäßiger, bester Ausstattung vorliegt, wird von allen „späten Anfängern“ wie von denen, die früher erworbene Sprachkenntnisse auffrischen wollen, sehr begrüßt werden. Sie paßt sich der allgemein bewährten Methode an, nach der „Teubners kleine Sprachbücher“ bearbeitet sind. In erfreulicher Weise darf das Problem des modernen Sprachbuches, durch Grammatikbeschränkung, unter Zeitersparnis und Gedächtnisentlastung, zu Sprachbeherrschung und Sprachverständnis zu führen, als gelöst gelten. Inhaltlich bleibt das Buch in englischer Fählung mit der Gegenwart.

Diese Arbeiten müssen bis spätestens 1. Dezember beendet sein.

§ 1
Eine Verwertung des Spargelkrautes zu irgendeinem Zweck sowie jede anderweitige Vernichtung als Verbrennen ist verboten.

§ 2
Im Frühjahr und spätestens bis 1. April sind die Stümpfe des Spargelkrautes auszugutheben, in einem dicht schließenden Korbe und so weiter zu sammeln und auf dem Acker durch Verbrennen zu vernichten.

§ 3
Eine Entfernung dieser Pflanzenüberreste von dem Acker ist streng verboten.

§ 4
Die Durchführung obiger Vorschriften obliegt den Grundstückeigentümern bzw. Pächtern.

§ 5
Mit deren Überwachung wird eine von der Ortspolizeibehörde ernannte Kommission, nötigenfalls Sachverständige beauftragt.

§ 6
In besonderen Fällen kann die Ortspolizeibehörde nach Anhörung von Sachverständigen Ausnahmen gestatten.

§ 7
In Gemeinden, in denen größere zusammenhängende Spargelanlagen bestehen, kann, wenn der Umfang der Schädigungen es notwendig erscheinen läßt, eine gemeinsame Bekämpfung von der Gemeinde angeordnet werden.

§ 8
Zuwerdhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

§ 9
Außerdem können die rückständigen Arbeiten auf Kosten der Säumigen durchgeführt werden.

Karlsruhe, den 11. November 1929.

Badisches Bezirksamt D.-3. 83

Abteilung III

Nadelrundholz-Submission
Bad. Forstamt Pforzheim. Mittwoch, den 4. Dez. d. J., vorm. 10 Uhr im Hotel Sauter (unteres Nebenzimmer).

Ludwig Schweisgut
Erbsenstr. 4
d. Ronsellplatz.
Flügel und Pianinos:
Bechstein, Blüthner
Gretchen-Steinweg
Schledmayer & Söhne
Thürmer.

Badisches Landestheater
Mittwoch, den 20. Nov. 1929
Künstlergastspiel des
bairischen Theaters
„Sabina“

Außer Miete
David's Krone
Tragödie von Landan
Rufsilische Leitung:
Benzhöf
Gemische Leitung:
Rubinstein

Mitwirkende:
Barak, Beniamini, Bertoloff, Brud. Chaim, Fintel, Friedland, Klagsin, Kleskin, Kojowits, Kowina, Rubinstein, Tschernersky, Warschauer, Winier.

INserieren bringt Gewinn

Do. 21. Novemb.: Gastspiel Sabina: Der Schah, Fr. 22. Nov.: Die verkaufte Braut. So., 23. Novemb.: Maria Stuart. Sonntag, 24. Nov.: Fidelio. Mo., 25. Novemb.: Trojaner.

PORPHYRWERK DOSENHEIM
HANS VATTER
DOSENHEIM A. 2. BERGSTR.
LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES
STRASSENBAU-MATERIAL

Anfang 20. Ende geg. 23. I. Rang und I. Sperrsch. 6 2/3.

Druck G. Braun, Karlsruhe